



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Kein stabiles System ohne Opposition

Van Eerd, J

Abstract: Umstürze: Demokratien brauchen den politischen Wettbewerb

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-48441>
Newspaper Article

Originally published at:

Van Eerd, J. Kein stabiles System ohne Opposition. In: Tages-Anzeiger, 16 May 2011, 9.

Umstürze Demokratien brauchen den politischen Wettbewerb. *Von Jonathan van Eerd**

Kein stabiles System ohne Opposition

Der Umsturz in Ägypten war das Werk der Opposition. Doch wer ist die ägyptische Opposition überhaupt? Sie präsentierte sich als relativ unorganisiertes Konglomerat von frustrierten Jugendlichen, der Muslimbruderschaft und Mohammed al-Baradei, dem Ex-Chef der Internationalen Atomenergiebehörde. Damit zeigt sich exemplarisch das Dilemma bei Revolutionen gegen autokratische Regimes: Je stärker und länger sich ein repressiver Staatsapparat entfalten konnte, desto grösser sind nicht nur die Ressentiments in der Bevölkerung, desto unorganisierter ist auch die Opposition.

Eine starke, organisierte Opposition ist aber nicht nur während der Revolution wichtig. Es braucht sie auch, damit sich ein junges demokratisches System festigen kann. Eine solche funktionsfähige Opposition fehlt auf dem afrikanischen Kontinent vielerorts.

Die friedlichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten erfuhren internationale Sympathie und mediale Unterstützung; in Libyen und der Elfenbeinküste ist man sogar bereit, handfest in den Prozess einzugreifen. Als Endpunkt solcher Entwicklungen begreift die internationale Gemein-

Eine ausgewogene Parteienfinanzierung sollte Bedingung sein für Entwicklungshilfe.

schaft meist das medienwirksame Abhalten erster freier Wahlen mit ausländischen Wahlbeobachtern. Danach zieht der Tross ab, die junge Demokratie und vor allem die neu entstandene Opposition werden mehr oder weniger sich selbst überlassen.

Die internationale Gemeinschaft sollte aus den jüngeren Erfahrungen mit der Demokratie auf dem afrikanischen Kontinent Lehren ziehen. Mit dem Abhalten von Wahlen ist es nicht getan. Junge afrikanische Demokratien produzieren trotz freier und vordergründig fairer Wahlen meist ein System, in dem eine Partei den Staat dominiert. Die Oppositionsparteien sind oft schwach und volatil: Vor jeder Wahl spriessen neue Parteien aus dem Boden. Sind die Wahlen vorbei, laufen die gewählten Oppositionspolitiker nicht selten zur Regierungspartei über. Innerhalb der Oppositionsparteien kommt es derweil zu Konflikten und

Aufspaltungen. Einerseits, weil es an ideologischem Zusammenhalt und Verankerung in der Bevölkerung fehlt. Andererseits aus finanzieller Not.

Während die Regierungspartei bei Wahlkämpfen auf staatliche Ressourcen wie öffentliche Angestellte, Fortbewegungsmittel und staatliche Medien zurückgreifen kann, haben Oppositionsparteien eine limitierte Präsenz. Das wirkt sich in dünn besiedelten Ländern mit bescheidener Verkehrsinfrastruktur besonders nachteilig aus.

Zudem fehlt eine starke Privatwirtschaft, die für ausgeglichene Kräfteverhältnisse sorgen könnte - oder sie kann es sich aufgrund ihrer Abhängigkeit von staatlichen Aufträgen nicht leisten, die Opposition zu unterstützen. Oppositionspolitiker müssen ihre Wahlkämpfe daher selbst finanzieren, was oft zur Verschuldung führt. Verständlich, dass sie bei geglückter Wahl empfänglich sind für Abwerbungsversuche der Regierungspartei.

Unverfängliche Möglichkeiten

Die internationale Gemeinschaft tut wenig, um diesem Defizit entgegenzuwirken. Wenn, dann wird die amtierende Regierung mit Entwicklungshilfe und Investitionen in sogenannte Good Governance, gute Regierungsführung, unterstützt, womit sich das Ungleichgewicht zwischen Regierung und Opposition noch verschärft.

Dabei könnte die Opposition relativ unverfänglich gestärkt werden: In vielen afrikanischen Ländern fehlt eine substanzielle staatliche Parteienfinanzierung gänzlich, oder sie wird nur auf Basis des Sitzanteils im Parlament vergeben, was wiederum die dominante Regierungspartei bevorteilt. Es wäre ein Leichtes, bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern neben Vorgaben zur guten Regierungsführung auch die Bedingung einer ausgewogenen staatlichen Parteienfinanzierung in den Kriterienkatalog aufzunehmen.

Dies wäre keine Intervention in den politischen Prozess, da ja alle Parteien profitieren würden. Vielmehr wäre es der erste Schritt zu einem echten demokratischen Wettbewerb. Was in der Wirtschaft für selbstverständlich angesehen wird, gilt auch für die Demokratie: Ein System kann sich nur nachhaltig verbessern, wenn es einem konstanten Wettbewerb ausgesetzt ist.

** Der Autor ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich.*